

UFOP - Marktinformation Ölsaaten und Biokraftstoffe

Inhalt

ERZEUGERPREISE
GROSSHANDELSPREISE 2
 Raps
 Rapsöl, Palmöl
 Rapsschrot
 Presskuchen
 Kaltgepresstes Rapsöl

KRAFTSTOFFE..... 3
 Großhandelspreise
 Tankstellenpreise
 Verwendungsstatistik

SCHLAGLICHTER 4ff.

Preistendenzen

Mittelwerte	30. KW	Vorwoche	Ten- denz
-------------	--------	----------	--------------

Erzeugerpreise in EUR/t

Raps	339,20	337,03	↗
------	--------	--------	---

Großhandelspreise in EUR/t

Raps	354,00	360,00	↘
------	--------	--------	---

Rapsöl	703,00	708,00	↘
--------	--------	--------	---

Rapsschrot	211,00	206,00	↗
------------	--------	--------	---

Rapspresskuchen*	236,35	233,25	↗
------------------	--------	--------	---

Paris Rapskurs	357,00	357,75	↘
----------------	--------	--------	---

Großhandelspreise in ct/l, exkl. MwSt.

Biodiesel	118,15	117,76	↗
-----------	--------	--------	---

Rapsölkraftstoff*	-	-	→
-------------------	---	---	---

Verbraucherpreise in ct/l inkl. MwSt.

Diesel	106,24	108,13	↘
--------	--------	--------	---

Terminmarktkurse in US-\$/barrel

Rohöl, Nymex	41,60	44,19	↘
--------------	-------	-------	---

* = Vormonatsvergleich; Abgabepreis Dezentraler Ölmühlen, Presskuchen beinhaltet mind. 10 % Fett, Rapsschrot 0 %

Märkte und Schlagzeilen

Ölsaaten

- Positive Aussichten auf US-Sojaernte setzen Notierungen in Chicago im Juli 2016 unter kräftigen Druck
- Raps in Paris kann Sojaschwäche trotzen, erwarteter Angebotsrückgang 2016/17 in der EU und schleppender Fortschritt der Ernte geben tendenziell Auftrieb
- Erträge in Deutschland verfehlen Vorjahresniveau deutlich, Raps-handel kommt nicht in Schwung

Ölschrote und Presskuchen

- Rapsschrot im Juli rege nachgefragt, Kaufinteresse an Sojaschrot trotz Preisrücknahmen gering
- Rapspresskuchenpreise uneinheitlich, mit schwacher Tendenz

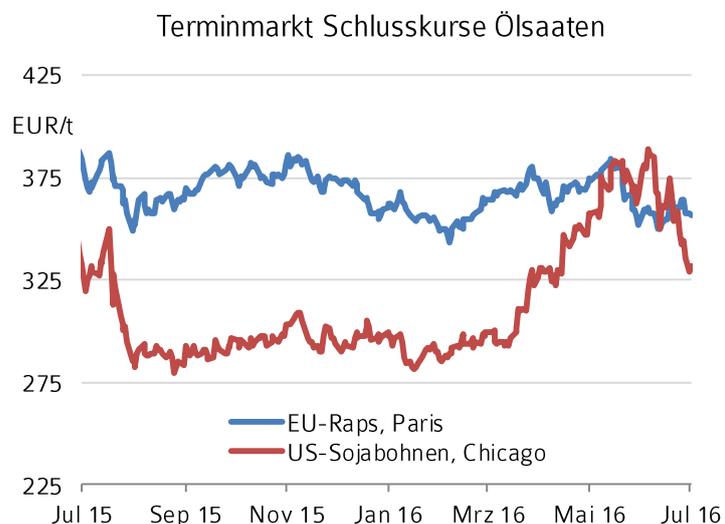
Pflanzenöle

- Rapsölpreise steigen im Monatsverlauf wieder über 700 EUR/t
- Preise für kaltgepresstes Rapsöl legen zu

Biokraftstoffe

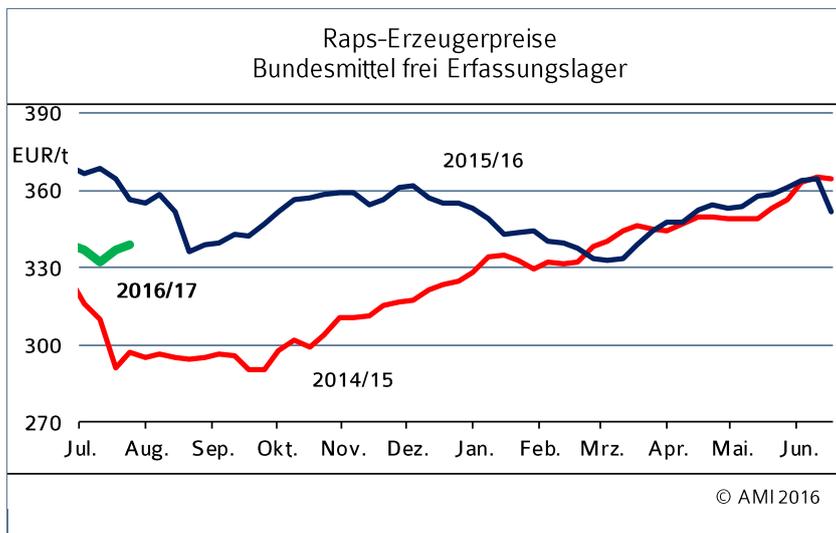
- Biodieselbeimischung sinkt im Mai 2016 zum Vormonat und Vorjahr
- Großhandelspreise schwächer, Diesel gibt rund 2,70 Cent/ nach

Grafik der Woche



Quelle: CME, NYSE Liffe, AMI

Marktpreise



Großhandelspreise für Raps, -schrot, -öl und Palmöl
in EUR/t am 27.07.2016, (erhoben bei Ölmühlen/Handel)

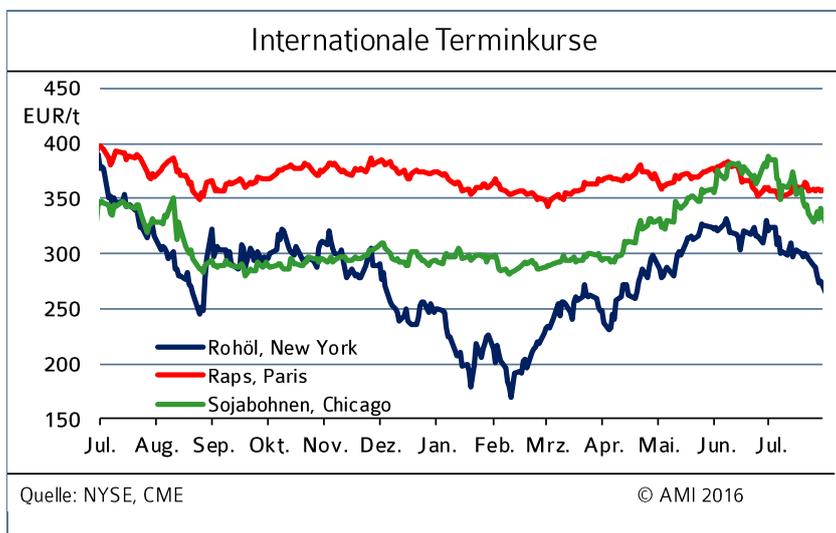
	Raps Ernte 2016 franko	Rapsschrot fob	Rapsöl fob	Palmöl cif
vorderer Termin	354	211	703	595
Vorwoche	360	206	708	602

Quelle: AMI

Kontraktpreise für Rapspresskuchen & kaltgepresstes Rapsöl
ab Ölmühle (von Ölmühlen/Handel am 20.07.2016)

Monats- produktion	Presskuchen in EUR/t		kaltgepresstes Rapsöl in Cent/l		
	Preisspanne	Vormonat	Futteröl	DIN 51605	Kraftstoff
< 100 t	235-260	235-260	80,40	82,47	-
> 100 t	225-240	220-235	Vm: 78,40	79,78	-

Anmerkung: Vm = Vormonat; Rapsöl roh ohne Steuern
Quelle: AMI



Raps

Die Rapsernte 2016 hat in Deutschland Mitte Juli begonnen, wenn auch witterungsbedingt langsam. Die Erträge waren heterogen und haben die schon geringen Erwartungen oft nicht erfüllt. Aus Norddeutschland wurde ein Rückgang zum Vorjahr von 10-20 % gemeldet. Das Angebot blieb trotz laufender Ernte knapp. Erzeuger erfüllten bestehende Kontrakte und lagerten darüber hinaus so viel wie möglich ein. Nachdem der Drusch Ende Juli an Fahrt aufgenommen hatte, stieg der Druck auf die Preise.

Rapsöl

Am Pflanzenölmarkt war im Juli vor allem die EU-Rapsernte Gesprächsthema. Trotz geringen Rohstoffangebots aus Deutschland waren die Ölmühlen gut versorgt. Rapsöl zur vorderen Lieferung war nur regional knapp. Die Nachfrage hat sich nicht spürbar belebt.

Rapspresskuchen

Die Presskuchenpreise ab süddeutscher, dezentraler Ölmühle wurden um 1,40 EUR/t auf durchschnittlich 236,35 EUR/t zurückgenommen. Während sich im Direktabsatz mit landwirtschaftlichen Veredelungsbetrieben die Preisspanne um gut 2 EUR/t auf 240 EUR/t ermäßigte, mussten Mischfutterbetriebe mit rund 232 EUR/t knapp 2 EUR/t mehr bezahlen. Vor allem große Abnahmemengen haben sich wieder etwas verteuert. Die geringere deutsche Rapsernte sowie eine höhere Nachfrage durch die Milchviehbetriebe spiegelt sich in den Rapsschrotpreisen wider. So verteuerte sich Ende Juli Ware zur Lieferung ab August auf 227 EUR/t fob Nordostdeutschland. Das ist aber deutlich weniger, als in den Vormonaten verlangt wurde.

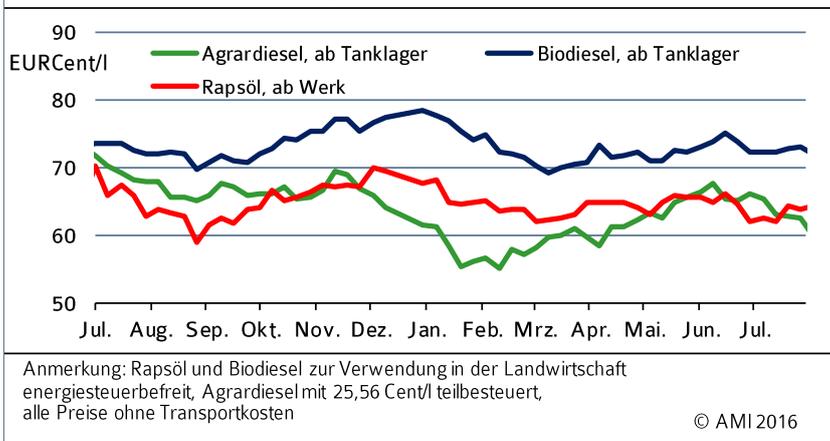
Kaltgepresstes Rapsöl

Mit durchschnittlich 81,43 Cent/l kostete kaltgepresstes Rapsöl der dezentralen Ölmühlen in Süddeutschland im Juli 2016 rund 2 Cent/l mehr als im Vormonat. Damit setzte es sich wieder deutlicher gegenüber Rapsöl der industriellen Ölmühlen ab. Fob deutscher Ölmühle wurden im Juli durchschnittlich 63,22 Cent/l verlangt, das waren 1,60 Cent weniger als im Vormonat.

Aktuelle Marktdaten, Analysen und Kommentare finden Sie unter www.AMI-informiert.de

Biodiesel/min Diesel

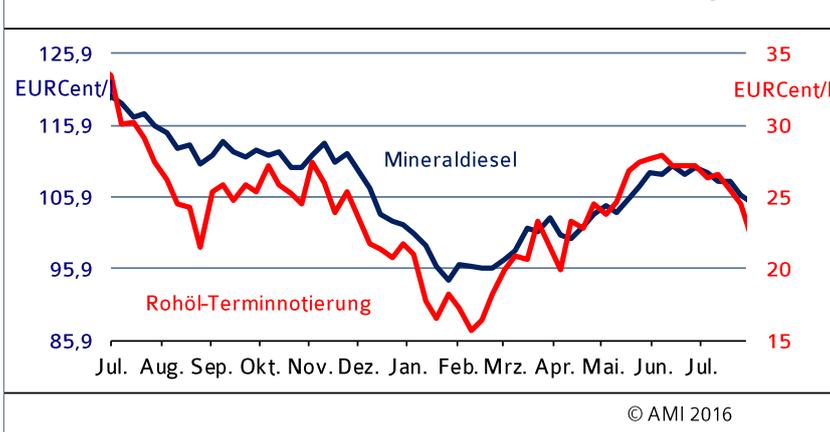
Großhandelspreise ohne Mehrwertsteuer



Großhandelspreise

Die Großhandelspreise für mineralischen Diesel standen im Juli 2016 unter kräftigem Druck. Verantwortlich dafür waren schwache Rohölkurse, die aufgrund eines überreichlichen globalen Angebots gut 15 % an Wert verloren. Auf Großhandelsebene wurden für Diesel im Schnitt 37,90 Cent/l netto verzeichnet, 2,70 Cent/l weniger als im Juni. Die Nachfrage nach Biodiesel war im Juli gering, sowohl nach prompten Lieferungen als auch nach Kontrakten. Der Preis ist gegenüber Vormonat leicht auf 72,6 Cent/l für Standardware, exklusive Energiesteuer, gesunken.

Diesel an der Zapfsäule und Rohölnotierung



Tankstellenpreise

Die Preise für mineralischen Diesel an der Zapfsäule gaben im Juli 2016 aufgrund schwacher Rohölkurse ebenfalls kräftig nach. Zum Monatsende kostete ein Liter rund 106 Cent, knapp 4 Cent weniger als zum Monatsanfang. Für Super E10 mussten mit 128 Cent/l im Schnitt 3 Cent/l weniger gezahlt werden.

Verbrauch

Der Verbrauch von Biodiesel zur Beimischung ist im Mai 2016 sowohl gegenüber Vormonat als auch gegenüber Vorjahresmonat deutlich gesunken. Mit 184.400 t wurden knapp 20.000 t weniger verbraucht als im Mai 2015. Nach Angaben des Bundesamtes für Ausfuhr und Wirtschaftskontrolle, Bafa, ist der Verbrauch von mineralischem Diesel gleichzeitig deutlich gegenüber Vorjahr gestiegen. Mit 3,1 Mio. t wurden fast 6 % mehr nachgefragt als im Mai 2015. Der Beimischungsanteil von Biodiesel zu Diesel lag damit im Mai 2016 nur bei 5,9 %. Das war allerdings etwas mehr als im Vormonat April, als nur knapp 5,8 % beigemischt wurden.

Der Verbrauch von Bioethanol war im Mai 2016 ebenfalls rückläufig, zumindest im Vergleich zum Vorjahr. Für 2016 wurde mit 98.410 t laut Bafa ein Jahreshoch erreicht. Gegenüber April 2016 betrug das Plus knapp 9 %.

Inlandsverbrauch Biokraftstoffe 2016
in 1.000 t

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	2016	2015
Biodiesel Beimischung	174,6	167,7	194,4	191,1	184,4	912,4	917,5
Biodiesel Reinkraftstoff b)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe Biodiesel	174,6	167,7	194,4	191,1	184,4	912,4	917,5
Pflanzenöl (PÖL) b)	0,1	0,0	2,5	0,1	0,8	3,6	0,3
Summe Biodies. & PÖL	174,7	167,8	196,9	191,2	185,2	916,0	917,8
Dieselmotorkraftstoffe	2.735,6	2.919,2	3.210,3	3.321,9	3.122,7	15.328,0	14.268,4
Anteil Beimischung	6,4 %	5,7 %	6,1 %	5,8 %	5,9 %	6,0 %	6,4 %
Biodiesel + Diesel + PÖL	2.735,7	2.919,3	3.212,8	3.321,9	3.123,6	15.331,6	14.268,7
Anteil Biodiesel & PÖL	6,4 %	5,7 %	6,1 %	5,8 %	5,9 %	6,0 %	6,4 %
Bioethanol ETBE a)	9,8	9,9	10,7	8,4	9,8	48,6	47,7
Bioethanol Beimischung	83,3	69,9	78,7	81,7	88,6	402,2	414,1
Bioethanol E 85	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe Bioethanol	93,1	79,8	89,5	90,0	98,4	450,8	461,8
Ottokraftstoffe	1.342,5	1.389,7	1.505,6	1.521,4	1.566,2	7.321,3	7.272,7
Otto- + Bioethanolkraftstoffe c)	1.342,5	1.389,7	1.505,6	1.521,4	1.566,2	7.321,3	7.272,7
Anteil Bioethanol c)	6,9 %	5,7 %	5,9 %	5,9 %	6,3 %	6,2 %	6,3 %

Anmerkung: a) Volumenprozentanteil Bioethanol am ETBE = 47 %; b) Quelle: Statistisches Bundesamt, 'Versteuerung von Energieerzeugnissen', Abschnitt II: Energieerzeugnisse (ohne Heizstoffe); Versteuerung abzüglich Mengen gem. § 46 und § 47 EnergieStG; c) Die bei Bioethanolkraftstoffen enthaltenen Anteile Ottokraftstoffe sind gegengerechnet; Kumulation von Bafa berechnet mit korrigierten, (unveröffentlichten) Monatsdaten
Quelle: Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, AMI

Schlaglichter

Nachhaltigkeitszertifizierung bei Biokraftstoffen – Rechnungshof mahnt EU-Kommission zur Nachbesserung

Einen erheblichen Nachbesserungsbedarf in der Überwachung der von der EU-Kommission zugelassenen freiwilligen Zertifizierungssysteme stellte der Europäische Rechnungshof in seinem Bericht fest, den der Hof letzte Woche veröffentlichte. In seiner Auswertung kritisiert der Hof, dass die EU-Kommission nur auf Basis einer „Aktenprüfung“ die Zertifizierungssysteme zulasse, diese dann aber in ihrer tatsächlichen Funktionsweise nicht überwache. Da die EU-Kommission bei der Zulassung es zudem versäumt habe, darauf zu achten, dass die Systeme Beschwerdeverfahren einführen, fehle damit auch der formelle Anlass, um gegen Verstöße ermitteln zu können.

Nach Auffassung der Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen (UFOP) zeigt der Bericht an dieser Stelle das grundsätzliche Problem auf, dass die Mitgliedsstaaten lediglich für die Zulassung der Zertifizierungsstellen und für die statistische Erfassung der nachhaltig zertifizierten Biokraftstoffe sind. Sollten bei einem Zertifizierungssystem Mängel bei der Umsetzung festgestellt werden, kann die zuständige inländische Stelle die Anrechnung der Biokraftstoffmenge nicht verweigern. Der Hof kritisierte überdies die mangelhaften, aber von der EU-Kommission zugelassenen Überprüfungsverfahren für die Herstellung von Biokraftstoffen aus Abfällen, die doppelt auf die Quotenverpflichtung angerechnet werden können. Dies ist ein weiteres Beispiel für die Billigung einer mangelnden Kontrollqualität durch die Zertifizierungssysteme. Das Ergebnis sind erhebliche Wettbewerbsverzerrungen und Verwerfungen im Biodieselmärkte, stellt die UFOP fest. Erst auf Druck der europäischen Biodieselindustrie veröffentlichte die EU-Kommission, so der Hof, eine allerdings nicht rechtsverbindliche Mitteilung an die Systeme, die Rückverfolgung von Abfallrohstoffen bis in die Ursprungsländer zu verbessern. Angesichts von mehr als 0,5 Mio. Tonnen Biodiesel auf Basis von Abfallöl, die allein in Deutschland

2014 (Quelle: Evaluationsbericht der BLE) auf die energetische Quotenverpflichtung angerechnet wurden, hinterfragt die UFOP, woher diese Abfallölmengen kommen können. Hierzu stellte der Hof ebenso kritisch fest, dass die statistische Erfassung durch die Mitgliedsstaaten unzureichend und es folglich zweifelhaft sei, ob das Ziel 10 Prozent erneuerbare Energien in 2020 statistisch nachweisbar erreicht werden könne.

Grundsätzlich befürwortet die UFOP die Nachhaltigkeitszertifizierung auf Basis freiwilliger Systeme, weil damit die betroffenen Wirtschaftskreise stufenübergreifend bei der Festlegung der Prüfkriterien Verantwortung übernehmen und diese, gemessen an den rechtlichen Vorgaben der Erneuerbare Energien-Richtlinie, auch operativ umsetzen müssen. Der EU-Kommission falle dabei die Aufgabe zu, durch eine entsprechende Systemüberwachung sicherzustellen, dass keine Verwerfungen bzw. Wettbewerbsverzerrungen durch ein „Systemhopping“ der zu zertifizierenden Unternehmen entstehen. Die EU-Kommission und auch die Politik müssen, so die UFOP, an dieser Stelle anerkennen, dass die Systeme auf Rechtsgrundlage einer europäischen Richtlinie Nachhaltigkeitsanforderungen auch in Drittstaaten durchsetzen können, wenn die Biomasserohstoffe oder daraus hergestellte Biokraftstoffe für die schließlich finale Zweckbestimmung zur Anrechnung auf Quotenverpflichtungen in die EU exportiert werden. Vor diesem Hintergrund ist die Kritik des Hofes an die EU-Kommission berechtigt, dass die Mindestanforderungen an die Sozialstandards nicht von allen Systemen ausreichend beachtet werden mit der Folge, dass zu zertifizierende Unternehmen in ein System mit geringerem Anforderungsniveau wechseln können. Die UFOP bedauert, dass die EU-Kommission im Sinne der Schaffung eines „level-playing-fields“ hier die Anforderung nicht verschärfte. Sozial- und Umweltdumping dürfen nicht

durch eine Nachhaltigkeitszertifizierung kaschiert werden, vielmehr müssten in dem jetzt laufenden Wiederzulassungsverfahren in diesem Sinne die Systemanforderungen an den best-practice-Beispielen ausgerichtet werden, fordert die UFOP. Unter Hinweis auf den jährlich von der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) vorzulegenden Evaluationsbericht als ein Beispiel für eine transparente Dokumentation, mahnt die UFOP an, dass im Sinne der öffentlichen Akzeptanzverbesserung eine analoge Berichterstattung in allen Mitgliedsstaaten umgesetzt werden muss. Diese Form und Qualität der Berichterstattung seien außerdem beispielgebend für die Berichterstattung für die gesamte Bioökonomie zur stofflichen bzw. energetischen Nutzung von Biomasse, betont der Verband. Im Lichte der im Dezember 2015 in Paris vereinbarten und nunmehr völkerrechtlich verankerten Klimaschutzziele bedarf es dieser Qualität der Implementierung, um schließlich auch Treibhausgasmindereffekte berechnen bzw. mengenmäßig nachweisen zu können.

Zur „iLUC“-Kritik des Hofes schließt sich die UFOP aber nachdrücklich der auch in dem Bericht veröffentlichten Antwort der EU-Kommission an. Indirekte Landnutzungsänderungen können nicht Gegenstand der Überprüfung durch Systeme bzw. Zertifizierungsstellen sein. Hier muss der Hof einsehen, dass es aus methodischen Gründen heute und in Zukunft nicht möglich sein wird, einer bestimmten nachhaltig zertifizierten Rapsölmethylestermenge eine ebenso bestimmte Urwaldrodung für die Palmölproduktion zuzuordnen. Eine Zertifizierung orientiert sich an Fakten, die überprüfbar sind – eine Zertifizierung „spekuliert oder interpretiert“ nicht, unterstreicht die UFOP.

Bericht des Europäischen Rechnungshofes: <http://www.eca.europa.eu/de/Pages/DocItem.aspx?did=37264>

Schlaglichter

Rukwied: Klimaschutz darf heimische Lebensmittelerzeugung nicht gefährden
BMUB-Konzept lässt Potenziale der Bioökonomie ungenutzt



„Die Klimaschutzziele werden nicht schneller erreicht, wenn sich Deutschland als einer der effizientesten Lebensmittelerzeuger selbst lahmlegt und dadurch die Produktion in andere Länder mit deutlich schlechteren Klimaschutzstandards verlagert wird“, kommentierte der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Joachim Rukwied, den Entwurf des Bundesumweltministeriums (BMUB) für einen Klimaschutzplan 2050. Der vom BMUB entworfene Maßnahmenplan soll die Beschlüsse der Pariser Klimakonferenz umsetzen und demnächst innerhalb der Bundesregierung abgestimmt werden.

„Die Landwirtschaft ist bereit, ihren Beitrag zum Klimaschutz auch weiterhin zu leisten. Sinnvoll wäre beispielsweise eine Strategie zur Steigerung der Effizienz bei Düngung und Fütterung. Dringend erforderlich ist auch eine Perspektive für nachwachsende Rohstoffe und die Bioenergie, mit der die großen Klimaschutzpotenziale in diesem Bereich genutzt werden können. Stattdessen stellt der Entwurf große Teile der Landwirtschaft

in Frage und setzt die Existenz vieler bäuerlicher Betriebe aufs Spiel“, unterstrich der DBV-Präsident. „Allein in der deutschen Landwirtschaft könnte dieser Klimaschutzplan 2050 nach überschlägigen Berechnungen des DBV zu einem Verlust an Nettowertschöpfung in Höhe von bis zu 9 Milliarden Euro jährlich führen. Zusätzlich wären rund 200.000 Arbeitsplätze gefährdet, wenn diese Pläne des BMUB Realität werden würden“, stellte Rukwied dar. Die Umsetzung des derzeit diskutierten Entwurfs zum deutschen Klimaschutzplan 2050 würde also gravierende Einschnitte für die Land- und Forstwirtschaft mit sich bringen. Grund seien vor allem die Forderungen im Klimaschutzplan zur radikalen Abstockung der Tierbestände, zur Wiedervernässung von Mooren und Umwidmung von Flächen sowie zu Umschichtungen in der Förderung.

„Zudem darf sich Deutschland als Schrittmacher beim Klimaschutz nicht von Europa und dem Rest der Welt abkoppeln. Dies würde nur die Verlagerung von Emissionen nach sich ziehen und dem

Klima nicht helfen.“ Der Bauernpräsident verwies auf die am Vortag veröffentlichten Vorschläge der EU-Kommission zur Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens. Demnach könne wirksamer Klimaschutz sehr wohl die Sonderrolle der Landwirtschaft zur Ernährungssicherung berücksichtigen, so wie in den Pariser Beschlüssen vorgesehen. Die Vorschläge der Kommission sehen im Gegensatz zum Konzept des BMUB keine separaten Reduktionsziele von Treibhausgasen für die Landwirtschaft vor. Zudem wird die Möglichkeit eröffnet, die Leistungen der Land- und Forstwirtschaft für den Klimaschutz durch Bindung von CO₂ in Böden und Wald anzurechnen.

Rukwied stellte in der Pressekonferenz eine gemeinsame Erklärung von 9 Verbänden der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft zum Klimaschutzplan 2050 vor. Darin warnen die Organisationen vor den gravierenden Folgen des Entwurfs des Bundesumweltministeriums und schlagen geeignetere Maßnahmen zum Klimaschutz vor. Die Verbändeerklärung unterzeichneten der Deutsche Bauernverband, die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Rinderzüchter, die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände, der Deutsche Raiffeisenverband, die Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen, der Verband der Landwirtschaftskammern, der Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft, der Zentralverband der Deutschen Schweineproduktion und der Zentralverband Gartenbau.

Die gemeinsame Positionierung der Verbände zum Entwurf des Klimaschutzplans 2050 des Bundesumweltministeriums finden Sie hier: bit.ly/2atbaHr

Schlaglichter

(VDB) Biokraftstoffindustrie: neue Strategie der EU-Kommission erschwert Klimaschutz im Verkehrssektor

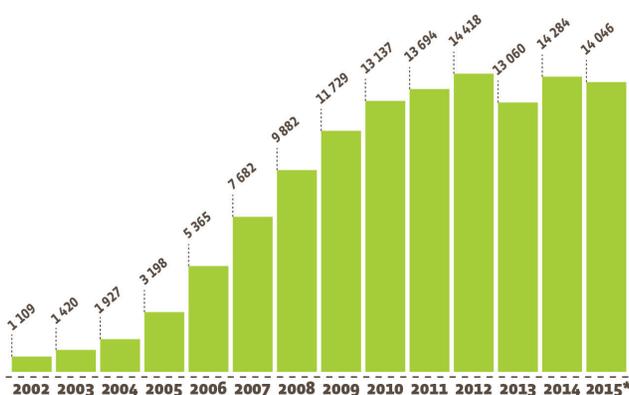
„Mit ihrer am 20. Juli 2016 veröffentlichten Mitteilung zur Strategie für emissionsarme Mobilität setzt die Europäische Kommission die bisherigen Erfolge ihrer Klimapolitik ohne Not aufs Spiel“, sagte Elmar Baumann, Geschäftsführer des Verbandes der Deutschen Biokraftstoffindustrie (VDB). Nach dieser Strategie will die Kommission, dass die bisher im Markt befindlichen Biokraftstoffe in der Zeit nach dem Jahr 2020 durch Biokraftstoffe der so genannten 2. Generation ersetzt werden. Bisher gibt es jedoch keine nennenswerten Mengen von Biokraftstoffen der 2. Generation im Markt. „Die EU-Kommission übersieht völlig, dass 1. und 2. Generation bei Biokraftstoffen zusammengehören – eine 2. Generation wird es ohne die 1. gar nicht geben“, sagte Baumann. „Auf den fundamentalen

Beitrag der markteingeführten Biokraftstoffe zum Klimaschutz im Straßenverkehr zu verzichten und die Investitionen in Landwirtschaft, Logistik und Produktion zu entwerten ist das Letzte, was sich die Europäische Kommission angesichts der Herausforderungen bis 2030 leisten kann.“ In der Mitteilung behauptet die Kommission, dass mit der neuen Strategie das Ziel verbunden sei, Unternehmen Investitionssicherheit zu bieten. „Wenn die Kommission den im Markt befindlichen Biokraftstoffen die Unterstützung in Form der Anrechnung auf Klimaziele entziehen will, dann bedeutet dies das genaue Gegenteil von Investitionssicherheit. Es gibt kein Unternehmen, das bei solch wankelmütiger Politik das Risiko eines weiteren Investments, diesmal in fortschrittliche Biokraftstoffe, auf

sich nehmen würde“, sagte Baumann. „Das Ziel der Kommission, einen emissionsarmen Verkehr zu erreichen, würde durch die jetzt vorgelegte Strategie weit verfehlt“, sagte Baumann. Biodiesel und Bioethanol seien die einzigen in größerem Umfang vorhandenen Alternativen zu fossilen Kraftstoffen. „Wenn man den im Markt befindlichen Biokraftstoffen die Unterstützung entziehen will, hat das also fatale Folgen für die Klimabilanz des Verkehrssektors, weil fast ausschließlich fossile Energie benutzt würde“, so Baumann. Die Kommission habe darüber hinaus keinerlei Vorschlag, mit welchem Kraftstoff der Lkw-Verkehr nach 2020 fahren soll. „Speziell hier bieten sich höhere Beimischungen von Biokraftstoffen als eine Lösung an“, sagte Baumann.

Biokraftstoffverbrauch in der EU sinkt 2015 leicht

Trend in biofuel (liquid and biogas) consumption for transport in the European Union (EU 28) in ktoe



* Estimate. Sources: Data from 2002 to 2013 (Eurostat 2016), data for 2014 to 2015 (EurObserv'ER 2016).

Wie der EUWID Informationsdienst „Neue Energie“ berichtet, ist der Biokraftstoffverbrauch in der EU im Jahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr um 1,7 Prozent gesunken. Das geht laut EUWID aus ersten Schätzungen des europäischen Marktforschungsinstituts EurObserv'ER im Biokraftstoff-Barometer hervor. Nachdem

Verringerung des Biodieselsverbrauchs um 2,4 Prozent, während der Bioethanolverbrauch um 0,8 Prozent gestiegen sei. Damit komme Biodiesel aber immer noch auf einen Gesamtanteil von knapp 80 Prozent. Das liegt EurObserv'ER zufolge daran, dass in Europa Dieselmotoren den Verkehrsbereich dominieren. Der

der Verbrauch im Jahr 2013 erstmals rückläufig war, erholte er sich den Angaben zufolge im Jahr 2014 zunächst, um 2015 wieder leicht zu fallen. Im EU-Verkehrssektor wurden damit im vergangenen Jahr 14 Mio. Tonnen Rohöläquivalent (Mtoe) nachgefragt.

Grund für den leichten Rückgang sei die

restliche Anteil entfällt fast vollständig auf Bioethanol, während Biogas einen Anteil von 1,1 Prozent bzw. 150 ktoe erreichte. Der Verbrauch von Pflanzenöl im Verkehrssektor ist nur noch marginal. Erste Schätzungen von EurObserv'ER zeigen, dass 2015 rund 12,9 Mtoe als nachhaltige zertifizierte Biokraftstoffe hergestellt wurden, was rund 92 Prozent des Gesamtverbrauchs entspricht. Die Diskrepanz erklärt sich durch das Versagen Spaniens, im Jahr 2015 die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Zertifizierung von Biokraftstoffen zu implementieren. Allerdings sei davon auszugehen, dass der spanische Biokraftstoffverbrauch im laufenden Jahr im Einklang mit der Nachhaltigkeitserfordernissen der EU-Richtlinie zum Ausbau der erneuerbaren Energien (RED-Richtlinie) stehen wird, da bereits ein königlicher Erlass verabschiedet worden sei.

Schlaglichter

Studie: Sichere Nahrungsmittelversorgung auch durch Biokraftstoffe

Der weltweite Hunger kann dadurch bekämpft werden, dass nachhaltig hergestellte Biokraftstoffe genutzt werden. Bioenergie konkurriert nicht zwangsläufig mit der Lebensmittelherstellung um Land, im Gegenteil: Es muss ein gemeinsamer Ansatz entwickelt werden, um Agrarrohstoffe für verschiedene Nutzungen sinnvoll einzusetzen. Zu diesen Ergebnissen kommt ein vor kurzem von weltweit führenden Forschungsinstituten veröffentlichter wissenschaftlicher Aufsatz mit dem Titel „Reconciling food security and bioenergy: priorities for action“. Demnach haben in der Vergangenheit vereinfachende Analysen und Schlagzeilen über Biokraftstoffe Öffentlichkeit und Politik in die Irre geführt. Diese Beiträge waren möglicherweise gut gemeint, haben aber die tatsächlichen Ursachen für Hunger nicht benannt. Deshalb sind die großen Chancen der Bioenergie zur Problemlösung lange Zeit nicht berücksichtigt worden. „Die jetzt veröffentlichte Studie stellt die Diskussion um Biokraftstoffe vom Kopf auf die Füße. Biokraftstoffe können zur Hungerbekämpfung beitragen, indem zum Beispiel Landwirtschaft, Lagerung und Logistik verbessert werden. Die Nachfrage nach Biokraftstoffen stabilisiert Agrarpreise und bietet Einkommen in der Landwirtschaft des globalen Südens. Nachhaltig hergestellte Biokraftstoffe sind deshalb ein unverzichtbarer Baustein, um sowohl die Klimaschutz- als auch die Nachhaltigkeitsziele der Bundesregierung zu erreichen“, sagte Elmar Baumann, Geschäftsführer des Verbandes der Deutschen Biokraft-

stoffindustrie (VDB). Die Verfasser der Studie arbeiten an Forschungsinstituten wie dem International Food Policy Research Institute (IFPRI), dem Imperial College, dem Stockholm Environment Institute (SEI), dem Oak Ridge National Laboratory und der Weltbank. Das IFPRI hatte für die EU-Kommission bereits früher zu Biokraftstoffen geforscht. „Es ist erfreulich, dass sich renommierte Institute wie das IFPRI positiv zu Biokraftstoffen äußern. Die Ergebnisse der Studie sollte die EU-Kommission in ihre Überlegungen für die Zeit nach dem Jahr 2020 einbeziehen, denn es zeigt sich, dass die Biokraftstoffproduktion weltweit günstige Effekte gerade für die Hungernden haben kann“, so Baumann.

Die Wissenschaftler stellen fest, dass die Preisspitzen in den Jahren 2007/08 und 2011/12 auf den Weltagarmärkten unter anderem aufgrund hoher Erdölpreise, starkem Wirtschaftswachstum und damit einhergehenden steigenden Preisen zustande kamen. Biokraftstoffe spielten, anders als vielfach behauptet, keine Rolle. Die Autoren erläutern, dass die einige Jahre bestehende Korrelation zwischen Nahrungspreisen und Biokraftstoffproduktion inzwischen beendet ist, denn die Nahrungspreise sinken, während die Biokraftstoffherstellung weiter ausgebaut wurde. Diese Korrelation haben einige Kritiker von Biokraftstoffen irrtümlich mit einer Kausalität verwechselt. Die Wissenschaftler weisen darauf, dass es die schlimmsten Hungerkatastrophen der Vergangenheit regelmäßig nach einer

Periode niedriger Weltagrarpreise gab. Gleichwohl behaupten die Gegner von Biodiesel und Bioethanol immer wieder, dass Biokraftstoffe die hohen Weltagrarpreise in den Jahren 2007/08 und 2011/12 ausgelöst und dadurch Millionen Menschen in den Hunger ertrieben hätten. Durch diesen unzutreffenden Verweis auf Biokraftstoffe als Grund für den Hunger wurden effektive Maßnahmen zur Hungerbekämpfung verhindert, erläutern die Wissenschaftler. „Es ist bitter zu sehen, welche Folgen die unreflektierten Fehleinschätzungen vieler Biokraftstoffgegner hatten: Sie haben eine Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung in Ländern verhindert, die unter Hunger leiden. Wahrscheinlich ungewollt haben sie auch noch dafür gesorgt, den Marktanteil fossiler Kraftstoffe zu schützen“, sagte Baumann.

In ihrer Arbeit sprechen sich die Autoren dafür aus, dass Verallgemeinerungen unterbleiben sollten, wonach Biokraftstoffe als „gut“ oder „schlecht“ für die Nahrungsmittelversorgung eingestuft werden. Vielmehr sollte nach einem Weg gesucht werden, wie Biokraftstoffe zu Entwicklungszielen beitragen können – unter anderem zur Ausrottung des Hungers. Dabei sei die jeweilige lokale Situation maßgeblich. Insbesondere in ländlichen Regionen könnten nachhaltig produzierte Biokraftstoffe dazu beitragen, Energiearmut, schlechte Einkommensverhältnisse und Hunger gleichzeitig zu bekämpfen.

Impressum

UFOP
Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen e.V.
Claire-Waldoff-Straße 7, 10117 Berlin
Tel. (030) 31 90 4-202, Fax. (030) 31 90 4 -485
E-Mail: info@ufop.de, Internet: www.ufop.de

Redaktion

UFOP Stephan Arens (verantwortlich), Dieter Bockey,
AMI Wienke von Schenck
Alle in dieser Ausgabe genannten Preise verstehen sich ohne Mehrwertsteuer, falls nicht anders angegeben.

AMI GmbH

E-Mail: wienke.v.schenck@AMI-informiert.de
Tel: 0228 33 805 351, Fax: 0228 33 805 591
Wir erarbeiten alle Marktinformationen mit äußerster Sorgfalt, eine Haftung schließen wir jedoch aus.

© AMI Alle Rechte vorbehalten.

Abdruck, Auswertung und Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung.

